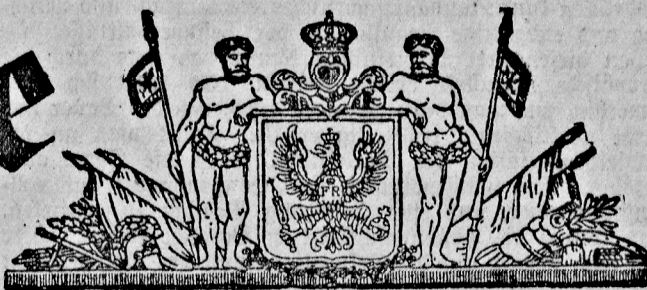


Vossische



Zeitung

50 Pfennig

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der Illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 20 Mark. Anzeigen: Zeile 5 Mark und 40% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 3 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau. Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Die englisch-französische Auseinandersetzung

Rußland und die Welt.

Pariser Jahresbetrachtungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Paris, 2. Januar.

Die Neujahrsbetrachtungen der Abendblätter stehen im Zeichen der englisch-französischen Gegensätze, die namentlich „Intransigant“ als schwer überbrückbar bezeichnet. Vier Nationen seien grundsätzlich mit der Reduzierung der Belastung Deutschlands für 1922 einverstanden, und nur Belgien beharre auf unerminderter Zahlung und stütze sich hierbei auf sein Vorkriegsrecht. Japan und Italien schienen den englischen Standpunkt zu teilen, ersteres allerdings werde erregt, wenn man von Rußland spreche. Frankreich werde einen schweren Stand haben und müsse vor allem auf einer Ratifizierung des Wiesbadener Abkommens bestehen.

Der „Temps“ weist in seiner Jahresbetrachtung auf die Schwierigkeiten hin, in denen Frankreich sich befinde. In England, in Deutschland und in Moskau denke man an eine neue Entente, deren Kosten Frankreich tragen solle. Die tiefere Ursache der außenpolitischen Schwierigkeiten Frankreichs liege in der englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten. Die an die Eröffnung der Washingtoner Konferenz geknüpften Illusionen, daß die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Frankreich unabhängig von deren Politik gegenüber England sei, seien sehr bald in sich zusammengebrochen. Die gegenwärtige Regierung der Vereinigten Staaten habe offenbar nicht die Absicht, sich allzuweit in die europäischen Angelegenheiten einzulassen, und von Washington aus sehe man die Schornsteine von Manchester eher als die eingestürzten Efen von St. Quentin.

Eine Veränderung der außenpolitischen Lage Frankreichs könne nur durch eine Wandlung in den Beziehungen zwischen England und Frankreich herbeigeführt werden, und diese sei abhängig von der Lösung der Streitfragen der Unterseeboote und des Reparationsproblems. Nachdem Frankreich die Resolution Koot über die Verwendung der U-Boote angenommen habe, seien es nur noch Fragen technischer Natur, über die man sich zu einigen habe. Das sei aber schlechterdings unmöglich, solange man über die zukünftige Taktik des Seekrieges völlig im Ungewissen schwebt und solange man nicht wisse, welche

Rolle den Flugzeugen im Seekampf zufallen werde. Wie könne es endlich möglich sein, daß Frankreich und England in einer Frage so heftiger Art zu gleichen Anschauungen kämen, solange die politischen Beziehungen noch so sehr im Fluß seien und niemand wissen könne, ob beide Länder, wie es ihre vitalen Interessen erforderten, entschlossen seien, ihr Bündnis enger zu gestalten und ihre Zusammenarbeit in dem Maße zu entwickeln, wie die Gefahren wüchsen, die sie beide bedrohten. Zur Lösung des Reparationsproblems bedürfe es in erster Linie umfangreicher Kreditoperationen, nicht nur, um die deutschen Zahlungen zu ermöglichen, sondern auch um Deutschland und Oesterreich in den Stand zu setzen, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen.

Die Frage sei, ob England gewillt sei, solche Kreditoperationen zu unterstützen und dadurch ihr Gelingen sicherzustellen. Die Kreditfrage, aber nicht die eines Moratoriums, sei es, die das Reparationsproblem beherrsche.

In seiner Neujahrsbetrachtung findet das „Journal des Débats“ sogar in der taktvollen Rede des Präsidenten Ebert beim Neujahrsempfang des diplomatischen Korps Angriffspunkte. Das Blatt erklärt, man suche in der Rede vergebens ein Wort, das den Friedenswillen Deutschlands bezeuge, oder die geringste Andeutung des Wunsches nach Gerechtigkeit und Wiedergutmachung.

Briand und Lloyd George

Paris, 2. Januar. (B. Z. B.)

Wie der „Temps“ mitteilt, werden Briand und Lloyd George am Mittwoch und Donnerstag in Cannes Vorbesprechungen haben. Die offizielle Tagung des Obersten Rates wird am Freitag, den 6. Januar, eröffnet werden. Der Hilfsdirektor im Ministerium des Auswärtigen, Laroche, wird Briand nach Cannes begleiten.

In der heutigen Sitzung des Ministerrates sind die allgemeinen Bestimmungen des militärischen Amnestiegesetzes festgelegt worden, das im Grundlag in der Sitzung vom 27. Dezember angenommen wurde. Das Gesetz wird der Kammer bei ihrem Wiederzusammentritt zugehen. Der Ministerrat hat ferner die Oberbefehlshaber an den vier maritimen Grenzen Frankreichs, am Aermelkanal, am Atlantischen Ozean, an der südfranzösischen Küste und an der nordafrikanischen Küste ernannt.

Masaryk über die Kleine Entente.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Prag, 2. Januar.

Aus der Rede des Präsidenten Masaryk beim Neujahrsempfang, von der bereits der Passus über die Beziehungen zu Deutschland und über die deutsch-böhmische Frage berichtet wurde, sind noch von besonderem Interesse die Ausführungen über das Verhältnis zwischen der Kleinen und Großen Entente. Der Präsident erklärte: „Die Kleine Entente hat sich bewährt. Wir haben wertvolle freundschaftliche Beziehungen mit Polen und zuletzt mit Oesterreich angeknüpft. Es bleibt nur noch Ungarn. Ich hoffe, daß wir auch mit ihnen einig werden. Die Organisation Zentral-europas geht in Uebereinstimmung mit der Entente vor sich. Wir erkennen die Entente vom ersten Anbeginn als notwendige Autorität für das Europa der Nachkriegszeit an und wünschen, daß diese Autorität fortdauert. Mit Freude begrüßen wir auch die Versuche Amerikas, um eine Einigung und ein Zusammenwirken mit Europa.“

Weiter führte Masaryk aus: „Europa kann nicht ruhig sein, wenn seine zwei größten Völker, Rußland und Deutschland, die unseligsten Folgen des Krieges nicht überstehen. Die Kleinen und Kleineren Staaten Mitteleuropas, ja selbst größere Staaten im Westen, können sich nicht ruhig entfalten, wenn Deutschland und Rußland nicht gesund gemacht werden. Wir selbst haben keine aggressiven Absichten. Die Kleine Entente sowie das Abkommen mit Polen und Oesterreich gelten rein defensiv und organisatorisch, sie wollen dem Frieden dienen.“

Masaryk erwähnte darauf die Bürokratie zu demokratischen Methoden, besprach kurz die Notwendigkeit des parlamentarischen Systems und erwähnte dabei: „Parlamente sind tatsächlich unvollkommene Instrumente. Aber Paganini hat auf einer Saite schön gespielt. Kritik des Parlamentarismus ist der Ruf nach politischem Paganini. Absolutismus wünschen die Kritiker der Parlamente. Der alte Absolutismus hat sich nicht bewährt und der Räteabsolutismus ist sogar sehr bald zusammengebrochen. Notwendig ist eine tiefere politische Bildung der ganzen Wählerschaft.“

Heute Vollbetrieb auf der Stadt- und Ringbahn.

Ende des schlesischen Streiks.

Wie uns die Eisenbahndirektion Berlin mitteilt, wird in den heutigen Vormittagsstunden der volle Stadt-, Ring- und Vorortverkehr wieder durchgeführt werden können.

Entsprechend dem Beschluß der Funktionäre des Deutschen Eisenbahnverbandes haben gestern abend die noch streikenden Arbeiter den Dienst wieder angetreten. In den Betriebswerkstätten erfolgt die volle Aufnahme der Arbeit in den heutigen Morgenstunden.

Der Stadt- und Ringbahnverkehr war auch gestern abend noch unregelmäßig, wenn er auch gegenüber dem Vormittagsverkehr bereits erhebliche Verbesserungen aufwies. So verkehrten bei der Stadtbahn zwölf bis fünfzehn Züge in der Stunde, bei der Ringbahn sechs bis acht Züge. Erhebliche Verkehrsstörungen und Störungen waren noch bei dem Vorortverkehr zu verzeichnen, wo die Züge besonders nach den nördlichen Vororten sehr unregelmäßig, etwa alle ein bis zwei Stunden fuhren. Dagegen gelang es, den Fern- und Personenverkehr auf allen Bahnhöfen wieder fast ganz fahrplanmäßig und ohne größere Verspätungen zu gestalten. Ebenso kam der Güterverkehr wieder in Gang.

Die Arbeiter und Handwerker der großen Betriebswerkstätten in Potsdam erschienen um 10 Uhr abends wieder zur Arbeit, so daß auch hier alle Schwierigkeiten spätestens im Laufe des heutigen Tages behoben werden können.

we Breslau, 2. Januar.

Die Breslauer Eisenbahner beschlossen heute nach einer kurzen Aussprache, den Streik abzubrechen. Die Arbeitsaufnahme erfolgt soweit möglich noch heute abend.

Von N. v. Simaschew,

früherem Professor am Polytechnikum in Petersburg.

Die Frage des Wiederaufbaues von Rußland tritt immer mehr in den Vordergrund der politischen Diskussion. Die Politik der militärischen Intervention hat Schiffbruch gelitten. Aber auch die Politik der Quarantäne ist auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Die Wiederanknüpfung der wirtschaftlichen Beziehungen, deren Notwendigkeit kaum mehr prinzipiellen Widerspruch findet, begegnet einer Reihe von praktischen Schwierigkeiten, deren Kenntnis notwendig ist, wenn die Erörterung mit Nutzen geführt werden soll. In der Abendausgabe der „Vossischen Zeitung“ vom 29. Dezember hat Professor v. Simaschew die Frage der Verpflegung der Arbeiter erörtert, die in den durch fremde Kapitalisten zu errichtenden Unternehmungen tätig sein sollen. Eine weitere Frage bildet die Beschaffung dieser Arbeiter.

Wie denkt man sich das Arbeitsverhältnis des russischen Angestellten in den neuen Betrieben? Denn daß man größtenteils mit russischer Arbeitskraft wird auskommen müssen, scheint nach der Lage der Verhältnisse selbstverständlich. Hier wird man ganz sicher mit den sogenannten „Gewerkschaften“ und ihrer Zentrale zu tun haben. Daß man nicht mit vereinzelt Arbeitern zu verhandeln haben wird, scheint ein Vorteil zu sein. Aber man muß sich ganz genau vorstellen, was denn diese Gewerkschaften eigentlich sind. Hier stoßen wir auf die großartige dekorative Kunst der jetzigen Regierung, die für die Macht des Wortes ein recht hohes Verständnis hat. Das Wort „Gewerkschaft“ ist sehr gut geeignet, in den demokratischen Ländern Vertrauen zu erregen. Auch hat es — damals, anno 1917 — in den Ohren der russischen Arbeiter wohlgeklungen. Nun gibt man aber diesen Namen solchen Organisationen, die mit dem Grundgedanken der Gewerkschaften im direkten Widerspruch stehen. Denn unter Gewerkschaften kann man sich doch nur freie Vereinigungen von Arbeitern vorstellen. Was sind aber die russischen „Gewerkschaften“? Es besteht erstens für jeden Arbeitenden ein absoluter Zwang, an der Gewerkschaftsorganisation teilzunehmen; die Wahl zwischen den Gewerkschaften ist ausgeschlossen — jeder Betrieb ist obrigkeitlich mit einer bestimmten Gewerkschaft verbunden und zu dieser gehört jeder Angestellte, ob er's will oder nicht. Die ganz verschiedenen Berufe und Lebenswege der Einzelnen werden dabei gar nicht in Betracht genommen, und alle in einen Topf zusammengeworfen (so müssen die Professoren der Hochschulen zu derselben Gewerkschaft gehören wie die Pförtner und die Ammen aus Kinderheimen.) Die Wahlen in den „Gewerkschaften“ werden nach demselben System vollzogen, das so glänzende Resultate bei der Kontingentierung der Sowjets gibt: die Mitglieder der Vorstände, der Exekutivkomitees usw. werden faktisch von den Leitern der regierenden Partei ernannt. Das System der „Gewerkschaften“ ist schließlich das Werkzeug, durch welche die kommunistische Partei ihre Macht in der Arbeiterklasse ausübt. Wenn es dem Scheine nach zu einem Kollektivvertrag zwischen den neuen Betrieben und den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern kommt, so wird die Sache eigentlich ganz anders liegen; und die Wirklichkeit wird am besten als Verpachtung von Hörigen durch ihren Herrn bezeichnet.

Da es bei dieser Verpachtung den Nebenumsand geben wird, daß das Leben der Verpachteten sich besser stellen wird, als dasjenige der übrigen Volksgenossen, so wird der Herr (die Gewerkschaft) diese Gunst nur denen erteilen wollen, die ihm gegenüber treu und zuverlässig sind, und sie sofort jedem Widerpenflichen entziehen. Die Lage der neuen Betriebe wird sich also folgendermaßen gestalten: es wird ihnen eine Anzahl von Arbeitern zur Verfügung gestellt, aber die Auswahl und das Weiterbleiben wird nicht von ihrem Können, sondern von ihrer politischen Zuverlässigkeit abhängen — was wirtschaftlich einfach unmöglich ist.

Nun könnte man vielleicht an den folgenden Ausweg denken: es könnten gewisse Bedingungen aufgestellt werden, von denen die Zu- und Entlassung der Arbeiter abhängen würde; das würde man wahrscheinlich in den Verträgen mit der Sowjetregierung durchführen können. Wir gelangen nun zu einer neuen Schwierigkeit: zu der in Rußland herrschenden absoluten Rechtslosigkeit. Es gibt weder Zivil- noch Strafgesetze, und es gibt keine Gerichte, welche diesen Namen mit einigem Recht führen dürften. Denn die bestehenden „Volksgerichte“ sind ihrer Verfassung nach nichts anderes, als ein Ausschuß der kommunistischen Partei. In eine Entscheidung, die gegen den Willen des kommunistischen Lokalausschusses lauten würde, ist nicht zu denken. Und, soweit auf die Gerichte kein Zwang ausgeübt wird, sind ihre Entscheidungen, die nur aus dem „revolutionären Gewissen“ stammen dürfen, unberechenbar. Ein Betrieb, der von solchen Entscheidungen abhängen würde, wäre von Anfang an tot.

Nehmen wir diese Schwierigkeit, besser Unmöglichkeit des Bestehens einer kapitalistischen Unternehmung in einer recht-